

Die Partei der Europäischen Linken – Anatomie eines gescheiterten Projekts

Von Jürgen P. Lang

http://txt.extremismus.com/europaeische_linke

Die Druckfassung ist erschienen in: Jahrbuch Extremismus & Demokratie 29 (2017)

1. Erwartung und Enttäuschung

Der Morgen des 13. Juli 2015 versetzte die extreme Linke Europas in einen Schockzustand. Nach einer langen Verhandlungsnacht mit den Gläubigern des überschuldeten Griechenland „wurde die demokratisch gewählte Regierung von Alexis Tsipras durch die Europäische Union in die Knie gezwungen.“¹ Der Ministerpräsident und Chef der extrem linken *Syriza* hatte die Forderungen der Eurogruppe akzeptiert – und damit alle Hoffnungen auf einen griechischen Impuls für einen radikalen Wandel der EU mit einem Schlag zerstört. Gegen Mittag schlug die Fassungslosigkeit in Trotz um, von Erpressung war die Rede. Die Partei *Die Linke* forderte das griechische Parlament auf, die Einigung abzulehnen – in Anbetracht der Umstände nicht mehr als ein Symptom der Hilflosigkeit. Mit einigem zeitlichen Abstand brachen sich nüchterne Analysen Bahn. Sie suchten die Schuld an dem Desaster nicht nur beim vereinten Feindbild Bundesregierung und Europäische Zentralbank, stellten vielmehr die Effizienz der 2004 gegründeten *Partei der Europäischen Linken* (EL) in Frage: „Sichtbar wurde [...] die von den europäischen Linksparteien kaum entwickelte Solidarität. [...] Es gelang [...] nicht, die Linksregierung *Syriza* zu einem europäischen Projekt zu entwickeln [...]. Deshalb wird erstmalig im Evaluierungsbericht der [...] an den 5. Parteitag 2016 in Berlin die mangelnde Handlungsfähigkeit und Ausstrahlung der EL mit einer Schärfe formuliert, die auf wachsende Unzufriedenheit innerhalb der EL und ihrer Mitgliedsparteien verweist und auf die Notwendigkeit zur Schaffung handlungsfähiger Strukturen.“²

Dieser Befund aus der *Rosa-Luxemburg-Stiftung* – sie steht der deutschen *Linken* nahe – ist vernichtend. „Handlungsfähige Strukturen“ zu schaffen, das war von vornherein das kardinale Anliegen der EL. Offenkundig ist sie auf ganzer Linie gescheitert. Allzu großer Optimismus bei der Beurteilung des Parteienverbandes herrschte innerhalb der Linken jenseits der Sozialdemokratie ohnehin zu keinem Zeitpunkt vor, egal ob man der EL angehörte oder nicht. Der Zusammenfassung der *Süddeutschen Zeitung*, die Vereinigung sei „ein schwer steuerbares Sammelsurium sozialistischer und kommunistischer Parteien Europas“,³ hätte Ende 2016, als der Artikel erschien, wohl jeder aus diesem politischen Spektrum beigespflichtet. Zu dieser Zeit schickte sich Gregor Gysi, Ex-Fraktionschef der *Linken* und erster Vorsitzender ihrer Vorgängerin *Partei des Demokratischen Sozialismus* (PDS), an, Präsident der EL zu werden. Die Personalie war keineswegs unumstritten. Der Reform-Flügel der

¹ Oskar Lafontaine/Yanis Varoufakis/Zoe Konstantopoulou/Jean-Luc Mélenchon/Stefano Fassina, Ein Plan B für Europa, Manuskript, 12. September 2015.

² Cornelia Hildebrandt, Zur parteipolitischen Linken in Europa, Mario Candeias/Alex Demirović (Hrsg.), Europe – what’s left? Die Europäische Union zwischen Zerfall, Autoritarismus und demokratischer Erneuerung, Münster 2017, S. 238 f.

³ Constanze von Bullion, Gregor Gysi will Präsident der Europäischen Linken werden, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. Dezember 2016.

Linken zweifelte an der fachlichen, die Radikalen in der Partei obendrein an der ideologischen Eignung des Europa-Freundes Gysi. In der Tat stemmte sich dieser von Beginn an gegen den Trend aus nationalem Partikularismus und fundamentaler EU-Feindschaft, der die ursprünglich weitgehend europafreundliche EL nach dem Tsipras-Schock ergriffen hatte: „Die alten Nationalstaaten werden im Verhältnis zu China und den USA ökonomisch keine Rolle spielen. Nur als EU sind wir Faktor. [...] Und ich befürchte, wenn wir wieder zu den Nationalstaaten zurückkehren, entstehen auch wieder die alten Konflikte“.⁴

Man kann Gysis Sorge um den Zerfall der EU – greifbar im „Brexit“ und den rechtsautoritären Entwicklungen in Ungarn und Polen – als Demokrat teilen. Seine Worte richteten sich jedoch auch an die eigenen Reihen. Als langjähriger Fraktionsvorsitzender machte Gysi Erfahrungen mit dem Kreis um Diether Dehm, seit 2010 Schatzmeister der EL. Das Plädoyer Dehms und seiner Mitstreiter für die von Gysi befürchtete Rückkehr zum Nationalstaat⁵ ist schon seit Jahren in der *Linken* auf dem Vormarsch – getragen von den radikalen und orthodox-kommunistischen Kräften in der Partei. Der Europaabgeordnete Jürgen Klute sprach von „Nationalchauvinismus“. *Die Linke* folge „ziemlich exakt der ‚modernisierten‘ Argumentation rechter Parteien.“⁶ In der Tat deckt sich der Nationalismus von linksaußen mit seinem rechtsextremen Pendant in der Aversion gegen Organisationen, die die Souveränität der Nationen tatsächlich oder vermeintlich beschneiden. Dennoch gibt es kardinale Unterschiede: Die rechte Variante ist ideologiebildend. Sie bedeutet Ausgrenzung bzw. Abwertung nach außen und völkische Homogenisierung nach innen. Dagegen läuft die linksextreme Variante auf einen sekundären, strategisch motivierten Nationalismus hinaus, den bereits Lenin predigte.⁷ Auf den Punkt gebracht: Revolutionen sind auf nationaler Ebene leichter zu bewerkstelligen. Diese Einsicht befeuerte einst die Hoffnung auf eine griechische Initialzündung. Die Spaltung in Pro- und Antieuropäer – diese Antipoden sollen die grundsätzlichen Befürworter und fundamentalen Gegner der EU bezeichnen – begleitete jedenfalls die EL mit all ihren Zwischentönen von Anfang an.

2. Gründungsmotive

Die Gründung der EL im Mai 2004 in der italienischen Hauptstadt war kein Selbstläufer. Die Euphorie wirkte aufgesetzt angesichts des Provisoriums, das damals entstand und bis heute nicht vollendet wurde. Dabei war es schon bis Rom ein weiter Weg. Mitte 1998 trafen sich erstmals Vertreter kommunistischer und sozialistischer Parteien, um über neue Formen der Zusammenarbeit zu beraten. Sechs Monate später, im Januar des Europawahljahres 1999, verständigten sich 13 Parteien auf europapolitische Grundlinien, auf deren Basis im Juni die Fraktion der *Vereinigten Europäischen Linken / Nordisch Grüne Linke* (GUE/NGL) im Europaparlament gegründet wurde. Um die EL auf den Weg zu bringen, vergingen allerdings weitere knapp vier Jahre. Im März 2003 fiel in Griechenland der

⁴ Gregor Gysi, Wie müssen wieder rebellischer werden, Manuskript, 17. Dezember 2016, S. 5.

⁵ Vgl. Diether Dehm/Wolfgang Gehrcke/Paul Schäfer, Eine Revolution für das Grundgesetz. Über Nation, Nationalstaat und Europäische Union, in: Neues Deutschland vom 8. Dezember 2007.

⁶ Jürgen Klute, Wie rechts ist die Linke?, in: Neues Deutschland vom 15. Februar 2014.

⁷ Vgl. Wladimir I. Lenin, Die Sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, in: Ders.: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 144-159.

Startschuss zu Beratungen über Programm und Statut, bevor im Januar 2004 in Berlin das Vorbereitungstreffen zur Parteigründung stattfand.

Der Prozess hätte sich womöglich länger hingezogen, hätten ihn nicht drei Faktoren beschleunigt. *Erstens*: die herannahenden Europawahlen. Besonders die deutsche PDS machte Druck, weil sie sich von einer vereinigten europäischen Linkspartei mehr Schlagkraft versprach.⁸ Die PDS war mit Blick auf die mäßigen Aussichten bei den darauffolgenden Bundestagswahlen zum Erfolg verdammt – das Scheitern an der Fünfprozenthürde drohte. Die Überzeugungsarbeit aus dem Berliner Karl-Liebknecht-Haus fruchtete allerdings nur zum Teil: Lediglich die spanische *Izquierda Unida* (IU) und der italienische *Partito della Rifondazione Comunista* (PRC) teilten die Motive der PDS vorbehaltlos. Diese drei Parteien avancierten zu den Motoren der Parteibildung. Dem PRC fiel die Rolle des Gastgebers bei den Gründungsfeierlichkeiten ebenso automatisch zu wie ihrem Chef Fausto Bertinotti das erste Präsidentenamt der EL. Der PRC und der griechische *Synaspismos* galten damals als Erfolgsmodelle, deren „Politikansätze in die europäische Linke ausstrahlen“:⁹ ein ideologisch gefestigter, reformkommunistischer Kern traf auf die relative Offenheit gegenüber anderen linken Kräften. Bei der EL-Gründung hatte der PRC seinen politischen Höhepunkt noch vor sich. Von 2006 bis 2008 war er an einer Mitte-Links-Regierung beteiligt. Danach begann der Niedergang. Bei den Wahlen 2008 scheiterte der PRC an der Vierprozenthürde. Die Partei zerfiel in der Folge in zwei in etwa gleich große Lager: die ehemalige Bertinotti-Mehrheit und die dogmatische Strömung *Essere Comunisti*. Weitere Abspaltungen reduzieren die ohnehin begrenzte ideologische Vielfalt weiter. Bertinotti zog sich aus der Politik zurück. Den EL-Vorsitz hatte er schon 2007 an Lothar Bisky abgegeben, damals Co-Chef der aus PDS und WASG fusionierten Partei *Die Linke*.

Tabelle 1: Die Präsidenten der EL

<i>Amtszeit</i>	<i>Name</i>	<i>Partei</i>	<i>Land</i>
2004 bis 2007	Fausto Bertinotti	PRC	Italien
2007 bis 2010	Lothar Bisky	Die Linke	Deutschland
2010 bis 2016	Pierre Laurent	PCF	Frankreich
seit 2016	Gregor Gysi	Die Linke	Deutschland

Quelle: *european-left.org*

Zweitens: der Vertrag von Lissabon. Die Debatte darüber erwies sich als das stärkste Interaktionsmoment.¹⁰ Die EL machte sich von vornherein mehrheitlich die fundamentalistische Interpretation zu eigen, wie sie unter anderem der radikale Flügel der deutschen *Linken* formulierte: „Der EU-Verfassungsvertrag und der Vertrag von Lissabon waren in den letzten Jahren die zentralen politischen Projekte von Neoliberalen und Militaristen.“¹¹ Diese vorherrschende Ideologisierung der EU ließ in den offiziellen Dokumenten der EL keinen Platz für eine differenziertere Sichtweise. Vergeblich sucht man in ihnen nach Bekenntnissen, zum Rechtsstaat und anderen Werten und Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie. Dass es auch

⁸ Vgl. Europas Linke wagen sich an heikle Mission, in: Frankfurter Rundschau vom 9. Januar 2004.

⁹ Cornelia Hildebrandt, Fragmentierung und Pluralismus von Linksparteien in Europa, in: Birgit Daiber/Dies./Anna Striethorst (Hrsg.), Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Berlin 2010, S. 31.

¹⁰ Vgl. Martin Schirdewan, Links – kreuz und quer. Die Beziehungen innerhalb der europäischen Linken, Berlin 2009, S. 48.

¹¹ Koordinierungskreis der Antikapitalistischen Linken, Änderungs- und Ergänzungsvorschläge zum EU-Wahlprogramm der Partei DIE LINKE, Manuskript, 30. November 2008.

eine differenziertere Sichtweise gab, zeigte Lothar Bisky, der seine Partei(en) – vergeblich – zu einem europafreundlicheren Kurs gemahnte und den Lissabon-Vertrag nicht in Bausch und Bogen verdammt sehen wollte. Die pauschale Ablehnung des Abkommens zieht sich dennoch wie ein roter Faden durch die Programmatik der EL.

Drittens: die Osterweiterung der EU. Im Jahr 2004 traten acht Länder aus dem früheren sowjetischen Machtbereich der Union bei – eine Herausforderung nicht nur für die EU insgesamt, sondern auch für die linkextremen Parteien. Deren Kooperationen waren bislang reine West-Unternehmen, man erhielt „gegenüber den osteuropäischen Parteien eine ablehnende Skepsis aufrecht.“¹² Auch hier waren die Erwartungen an die deutsche PDS groß, repräsentierte sie doch die einzige ehemals kommunistische Staatspartei, die ab 1990 in einem westlich orientierten Staat agieren musste, der, anders als die übrigen ehemaligen „Ostblock“-Länder, keinen Transformationsprozess mitmachte. Ihre Erfahrungen konnte die PDS jedoch nicht in einen Erfolg ummünzen. Unter den Ost-Mitgliedern der EL sind heute nur die slowenischen Neugründungen TRS und *Initiative für einen Demokratischen Sozialismus* in ihrem Land relativ erfolgreich. Dasselbe gilt für die PCRM in Moldawien, das aber nicht zur EU gehört. Die rumänische PSR, die tschechische SDS, die weißrussische *Gerechte Welt*, die estnische EÜV und die *Bulgarische Linke* spielen weder in ihren Ländern noch in der EL eine große Rolle. Aus so wichtigen EU-Ländern wie Polen und Kroatien sind keine Organisationen Mitglied der EL, die generell gegenüber den ehemaligen Staatsparteien kaum Charme versprühte. Diese Kräfte entwickelten sich entweder rasch in Richtung Sozialdemokratie oder sie verharrten wie die slowakische KSS und die tschechische KSČM im dogmatischen Marxismus-Leninismus. Die beiden Parteien haben in der EL lediglich Beobachterstatus inne. Die in ihrem Land starke KSČM wollte ursprünglich Vollmitglied werden, zog sich aber zurück, nachdem die EL eine antistalinistische Klausel in ihre Gründungsdokumente aufgenommen hatte. Augenscheinlich – darauf wird noch zurückzukommen sein – befindet sich die EL in einer ideologischen Mittellage: Sie scheint weder für Sozialdemokraten, von denen sie sich auch offensiv abgrenzt, noch für dogmatische Kommunisten attraktiv zu sein.

3. Integration und Desintegration

Die EL war nicht der erste Versuch linksextremer europäischer Parteien, einander zu vernetzen – aber der erste, feste Strukturen zu etablieren. Das bereits 1991 auf Initiative der IU gegründete *Forum der Neuen Europäischen Linken* (NELF) ist ein informeller Zusammenschluss von 18 kommunistischen und sozialistischen, (mit Ausnahme Estlands) ausschließlich westeuropäischen Parteien. Als Aktivposten gelten die Kräfte aus Spanien, Griechenland, Skandinavien und Deutschland. „Aus dem NELF heraus ergab sich der Drang zur Gründung der Europäischen Linkspartei, die nicht nur dem Gedankenaustausch, sondern auch der Koordinierung linker Politik dienen soll.“¹³ Doch bei weitem nicht alle NELF-Kräfte zogen mit, was denjenigen Stimmen Recht gab, die mit der EL-Gründung eine Spaltung der europäischen extremen Linken kommen sahen. Mit dieser – allerdings vorgeschobenen – Begründung beendete zum Beispiel die dogmatisch-kommunistische deutsche DKP

¹² Schirdewan (FN 10), S. 25.

¹³ Ebd., S. 13.

Anfang 2016 ihren langjährigen Beobachterstatus und ließ die EL hinter sich.¹⁴ Dass nicht das komplette NELF in die EL übergang, lag allerdings weniger in ideologischen Differenzen begründet als vielmehr an den unterschiedlichen Haltungen zur EU. So blieben die fundamental antieuropäisch eingestellten skandinavischen Parteien, namentlich die *Linkspartei* in Schweden, ihr Namensvetter in Norwegen und die *Sozialistische Volkspartei* in Dänemark bei der EL außen vor, die ihnen zu proeuropäisch und grundsätzlich EU-bejahend erschien. Dasselbe gilt für die niederländische extreme Linke.¹⁵ Insofern verzeichnet die EL neben ihrer Ost- auch eine Nord-Schwäche. Eine Ausnahme bildet die dänische *Einheitsliste*, die wiederum nicht im NELF mitmacht. Britische Parteien links der *Labour Party* spielen ohnehin keine Rolle.

Die wie das NELF informelle *Europäische Antikapitalistische Linke* (EAL) ist ein seit dem Jahr 2000 bestehender Zusammenschluss orthodox kommunistischer Parteien mit einem stark trotzkistischen Einfluss. Obwohl sie sich 2003 in Athen auf eine gemeinsame Wahlplattform zur Europawahl einigte, „gelang es kaum, politischen Einfluss zu generieren.“¹⁶ Im selben Jahr scheiterte ein Versuch, die EAL organisatorisch zu straffen. Der PRC hatte sich wegen der trotzkistischen Ausrichtung der EAL quergestellt und wurde dann zu einem der Initiatoren der EL. Neben dem PRC sind heute nur der portugiesische *Bloco de Esquerda* (BE) und die dänische *Einheitsliste* – beide trotzkistisch beeinflusst – sowie die türkische ÖDP Mitglied sowohl in der EAL als auch in der EL. Nur jedes dritte EL-Vollmitglied ist ausschließlich dort organisiert. Die übrigen verfügen über Doppel- oder Dreifachmitgliedschaften mit EAL und/oder NELF. Auch die Mitgliedschaften in der von Gabriele Zimmer, einst kurzzeitig Vorsitzende der PDS, geführten Fraktion GUE/NGL decken sich nicht mit denen der EL. Zwar sind unter anderem *Die Linke*, die IU, der BE und *Syriza* hier wie dort Vollmitglied. Doch machen die in der GUE/NGL vertretenen, so unterschiedlichen Organisationen *Podemos* (Spanien), KSČM (Tschechien) oder *Linkspartei* (Schweden) nicht oder nicht mit vollen Rechten in der EL mit. Zum Hauptproblem gerieten der im Vergleich zur EL zwar nicht so mitgliederstarken, aber in der politischen Ausrichtung differenzierteren GUE/NGL die nationalen Fragmentierungen. Sie werden „auf europäischer Ebene [...] reproduziert und erzeugen ihrerseits Spannungen und Konflikte. Diese erschweren oder blockieren die Herausbildung gemeinsamer Projekte“¹⁷ ein Befund, den Frank Deppe teilt: „Die ‚Vielstimmigkeit‘ in der Linksfraktion GUE/NGL im Europäischen Parlament vermittelt ja immer wieder das nüchterne Bild von den unterschiedlichen nationalen Einstellungen gegenüber der EU und zur Veränderung ihrer Politik und ihrer Institutionen.“¹⁸

Diese Blockade in der Fraktion sollte mit der EL eigentlich aufgebrochen werden.¹⁹ Doch die festen Parteistrukturen und -gremien sorgten keineswegs für mehr Effizienz. Von Beginn an begleitete die Sorge vor der neuen *Komintern* die EL – und manifestierte eine Grundhaltung, die zwar als „Offenheit“ deklariert wurde, aber auf eine (über-)große Vorsicht vor Bevormundung der Mitglieder hinauslief. Noch vor Gründung der EL sagte Lothar Bisky: „Man möchte unbedingt die Gründung einer Art ‚Internationale‘ verhindern und ist bemüht allen Tendenzen entgegenzuwirken, die

¹⁴ Vgl. 21. Parteitag: ELP-Beobachterstatus beendet, Manuskript, 27. Februar 2016.

¹⁵ Vgl. PDS sucht Rettung in Europa: Gründung vereinter Linkspartei, in: Die Welt vom 9. Januar 2004.

¹⁶ Dominic Heilig, Die Linke in Europa. Sozialistische Parteien in der EU, New York 2016, S. 6.

¹⁷ Hildebrandt (FN 2), S. 244.

¹⁸ Frank Deppe, Die Krise der Europäischen Union – deutsche Hegemonie – europäische Linke, in: Ebd., S. 24.

¹⁹ Vgl. Anna Maldini, Das alte Europa wurde übergestülpt, das neue wächst von unten, in: Neues Deutschland vom 10. Mai 2004.

nur ansatzweise an die ‚Internationale‘ erinnern.“²⁰ Als die EL 2008 eine programmatische Plattform für die anstehenden Europawahlen formulierte, keimte sofort die Furcht vor Zentralismus. Das hatte zur Folge, dass sich das Papier²¹ in Allgemeinheiten verlor, strittige Punkte aussparte und Debatten aus dem Weg ging: „Eine klare Aussage, was an die Stelle des vor einem Jahr in Lissabon unterzeichneten neuen EU-Vertrags [...] treten soll, hat die EL bislang nicht gewagt.“²² Außen vor blieb in den EL-Dokumenten freilich auch der in linksextremen Kreisen verbreitete Militarismus-Vorwurf gegenüber der EU. Das war der IU zu verdanken, die sich für eine Europa-Armee eingesetzt hatte.

Auch strukturell ist der Verband eher auf Desintegration als auf Integration hin ausgerichtet. Der *Parti Communiste Français* (PCF), dessen Chef Pierre Laurent Nachfolger Biskys und Vorgänger Gysis als EL-Präsident war, setzte gleich 2004 aus nationaler Raison die Einstimmigkeit als Entscheidungsprinzip der EL durch – was jedem Mitgliedsstaat ein Vetorecht einräumte. IU, PDS und PRC hatten für das Mehrheitsprinzip votiert, sich aber nicht gegen die Franzosen stellen wollen. Zudem „verfügen bei den EL-Kongressen die [...] Delegierten [...] über das Mandat der nationalen Parteitage.“ Generell ist „die Rückbindung der Mandatsträger in die nationalen Parteien [...] bei [...] der EL sehr hoch.“²³ Die EL-Stiftung *Transform* führte im Dezember 2003 eine Umfrage unter den Delegierten des Kongresses in Madrid durch. 69 Prozent der Befragten gaben an, sich ausschließlich oder vorrangig mit der eigenen Nation zu identifizieren – eine rein „europäische“ Identität reklamierten nur 3 Prozent für sich.²⁴ Dies alles hat zur Folge, dass die EL das ist, was sie nie sein wollte: eine reiner Dachverband.

4. Parteienfamilien

Die EL umfasst über 500.000 Genossen, organisiert in ihren einzelnen Parteien. 287 Abgeordnete sitzen in den nationalen Parlamenten (Tabelle 2). Zählt man die KSČM und die zyprische marxistisch-leninistische Regierungspartei AKEL als Beobachter hinzu, sind es sogar 349 Parlamentarier. Davon stellt allein *Syriza* 144. 20 (26) Abgeordnete sitzen im Europaparlament. Man kann die Parteien der EL (ich beschränke mich hier auf die Vollmitglieder) nach verschiedenen Kriterien sinnvoll sortieren: Nach Stärke und Einfluss, nach Region und nach ideologischer Ausrichtung. Gemessen am ersten Kriterium zählen allen voran *Syriza*, mit Abstand *Die Linke*, der PCF, das finnische *Linksbündnis*, die *Einheitsliste*, die moldawische PCRM und der BE in Portugal zu den starken Parteien. Nicht oder kaum in den nationalen Parlamenten vertreten sind sie einstigen EL-Aktivposten PRC und IU. Jener spielt in Italien keine Rolle mehr, diese hat sich in Spanien vom GUE/NGL-Mitglied *Podemos* den Rang ablaufen lassen. Insgesamt setzt die extreme Linke große Hoffnung auf die Parteien der Südländer, ausgenommen Italien. „Kraft und Erneuerung schöpft die Linke in Europa derzeit nur aus dem Süden, aus Griechenland, Spanien, Portugal. [...] *Syriza* und *Podemos* haben als neue

²⁰ Den Niedergang gestoppt. Interview mit Lothar Bisky, in: Freitag vom 26. Dezember 2003.

²¹ Vgl. Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Plattform der Partei der Europäischen Linken für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009, Manuskript, 29. November 2008.

²² Uwe Sattler: Richtschnur für ein anderes Europa, in: Neues Deutschland vom 28. November 2008.

²³ Schirdewan (FN 10), S. 55.

²⁴ Transform/Rosa-Luxemburg-Stiftung/Nicos Poulantzas Institute (Hrsg.), Questionnaire Survey. 4th Congress of the Party of the European Left held in Madrid on 12-15 December 2013, Manuskript o. D., S. 70.

Sammlungsparteien und -bewegungen die Machtfrage gestellt.“²⁵ Mit der bereits erwähnten Ost- und Nordschwäche korrespondiert also eine zumindest imaginierte Südstärke. Während die antieuropäischen Parteien des Nordens weitgehend Distanz zu EL hielten, waren die EL-Parteien in Spanien, Portugal und Griechenland grundsätzlich pro EU eingestellt, nicht zuletzt weil ihre finanzschwachen Länder monetäre Erwartungen an die Union hegten. Allerdings hat der Tsipras-Schock, darauf komme ich noch zurück, neue strategische Überlegungen eingeleitet.

Tabelle 2: Mitglied-, Beobachter- und Partnerparteien der EL

Land	Partei	EU	Status	EP	NP
Belgien	PC	Ja	Mitglied	0	0
	VEGA		Beobachter	0	0
	KP		Mitglied bis 2013 (Auflösung)		
Bulgarien	Bulgarische Linke	Ja	Mitglied	0	0
Dänemark	Einheitsliste	Ja	Mitglied	0	14/179
Deutschland	Die Linke	Ja	Mitglied	7/96	64/631
	DKP		Beobachter bis 2016 (Austritt)		
Estland	EÜV	Ja	Mitglied	0	0
Finnland	SKP	Ja	Mitglied	0	0
	Linksbündnis		Mitglied	1/13	12/200
Frankreich	PCF	Ja	Mitglied	1/74	10/577
	Parti de Gauche		Mitglied	1/74	0
	Ensemble!		Partner	0	2/577
	Gauche Unitaire		Mitglied bis 2015 (Auflösung)		
Griechenland	Syriza	Ja	Mitglied	4/21	144/300
	AKOA		Mitglied bis 2013 (Auflösung)		
Großbritannien	Left Unity	Ja	Beobachter	0	0
Italien	PRC	Ja	Mitglied	1/73	0
	Liste Tsipras		Beobachter	1/73	0
	Sinistra Italiana		Beobachter	0	0
	PdCI		Mitglied bis 2014 (Auflösung)		
Luxemburg	Déi Lénk	Ja	Mitglied	0	2/60
Moldawien	PCRM	Nein	Mitglied	--	21/101
Nordzypern	BKP	Nein	Beobachter	--	0
	YKB		Beobachter	--	0
Österreich	KPÖ	Ja	Mitglied	0	0
	Der Wandel		Partner	0	0
Polen	MS	Ja	Beobachter bis 2015 (Auflösung)		
Portugal	BE	Ja	Mitglied	1/21	19/230
Rumänien	PSR	Ja	Mitglied	0	0
San Marino	RCS	Nein	Mitglied	--	0
Schweiz	PdA	Nein	Mitglied	--	1/200
Slowakei	KSS	Ja	Beobachter	0	0
Slowenien	TRS	Ja	Mitglied	0	6/90
	IDS		Mitglied	0	
Spanien	IU	Ja	Mitglied	4/54	2/350

²⁵ Heilig (FN 16), S. 35, 37.

Tschechien	SDS	Ja	Mitglied	0	0
	KSČM		Beobachter	3/21	33/200
Türkei	ÖDP	Nein	Mitglied	--	0
Ungarn	Munkáspárt 2006	Ja	Mitglied	0	0
	Linkspartei		Partner	0	0
	Munkáspárt		Mitglied bis 2009 (Austritt)		
Weißrussland	Gerechte Welt	Nein	Mitglied	--	0
Zypern	AKEL	Ja	Beobachter	2/6	19/56

Quelle: *european-left.org* / Stand: 12. August 2017 / EP = Abgeordnete im Europaparlament / NP = Abgeordnete im Nationalparlament

Die mehr oder minder große Distanz der dogmatisch marxistisch-leninistischen und trotzkistischen Parteien wie DKP, KSČM oder der – gleichwohl in der GEU/NGL vertretenen – portugiesischen PCP verpasst der EL keineswegs ein Siegel der Demokratie. Zwar ließen die heute in der EL beteiligten einst treuen KPdSU-Vasallen, der spanische PCE als Teil der IU, der französische PCF und die österreichische KPÖ, einen solchen Dogmatismus hinter sich. Doch gelang es ihnen erst weit nach 1989 im Zuge jahrelanger, heftiger ideologischer Kämpfe, sich zu reformieren und gegenüber anderen linken Organisationen zu öffnen. Reformistische Ansätze gab es allerdings bereits vor 1989. Unter dem Eindruck des Prager Frühlings setzten sich im Westen sogenannte eurokommunistische Parteien von moskautreuen ab. Erstere wandelten sich von der Klassen- zur Massenorganisation, lösten sich ideologisch von den Vorstellungen des Marxismus-Leninismus und strebten Wahlerfolge und Koalitionen innerhalb der Demokratien an. Klaus Kellmann analysierte Mitte der 1980er Jahre drei solcher Parteien,²⁶ von denen der *Partito Comunista Italiano* (PCI) rückblickend betrachtet das deutlichste Beispiel für einen irreversiblen Wandel hin zur Sozialdemokratie gab – ein Wandel, der bereits vor dem Zusammenbruch des Kommunismus begann. Sieben Parteien, unter anderem der PCF und die KPÖ, verharrten in der überkommenen Ideologie.

Der in der IU einflussreiche PCE ist die einzige kommunistische Partei in der EL, deren – allerdings sehr verhaltene und verzögerte – Erneuerung schon vor 1989 einsetzte. PCF und KPÖ verzeichnen lediglich eine nachholende Reform, die erst in der jüngsten Zeit griff und anders als beim historischen PCI nicht zu nachhaltiger Demokratisierung führte. Dem stark fraktionierten PCF attestieren selbst linke Beobachter nur mäßige Reformen.²⁷ Immerhin spielt „in der Programmatik [des] PCF [...] damals wie heute die Konzeption des Klassenkampfes und des Gegensatzes zwischen Arbeiterbewegung und ‚Bourgeoisie‘ eine große Rolle, jedoch in einer abgeschwächten, weniger revolutionären Rhetorik.“²⁸ Das Paradebeispiel gebremsten und begrenzten Wandels liefert die lange Zeit nach 1989 dogmatische KPÖ. Noch 2004 kämpfte der damalige Vorsitzende Walter Baier gegen „Stalinisten“.²⁹ Dabei sah „Erneuerer“ Baier, als seine Partei bereits EL-Mitglied war, den „Reformismus“ selbst als gescheitert an – eine „revolutionäre Politik“ sei „notwendig“.³⁰ Zehn Jahre später orientiert sich die KPÖ weiterhin an der

²⁶ Vgl. Klaus Kellmann, *Pluralistischer Kommunismus? Wandlungstendenzen eurokommunistischer Parteien in Westeuropa und ihre Reaktion auf die Erneuerung in Polen*, Stuttgart 1984.

²⁷ Vgl. Schirdewan (FN 10), S. 20.

²⁸ Nino Galetti/Tatjana Saranca, *Extremismus in Frankreich*, Berlin 2017, S. 13.

²⁹ Vgl. Werner Pirker, *Hinein ins System*, in: *Junge Welt* vom 5. Januar 2004.

³⁰ Walter Baier, *Politische Plattform der KPÖ*, Manuskript, 4. Dezember 2004.

Arbeiterklasse, sie kommt aber mittlerweile ohne marxistisch-leninistische Rhetorik aus und plädiert für eine „Sammlung linker Kräfte“.³¹

Die wichtigste Gruppe in der EL stellen diejenigen Parteien dar, die selbst – durch Fusionen und Wahlverbindungen – ein breiteres, wenn auch auf den Linksextremismus beschränktes ideologisches Spektrum aufweisen. Dies sind die spanische IU, die griechische *Syriza*, die dänische *Einheitsliste*, die deutsche *Linke* und der portugiesische BE. Die IU startete 1989 als loses Wahlbündnis, wurde in den 1990ern eine eigenständige Partei, behielt jedoch den Charakter einer Parteienallianz bei. Interne Spannungen, unter anderem wegen der politischen Ausrichtung, setzten ihr aus diesem Grund zu. Insbesondere der PCE strebte innerhalb der IU verstärkt nach Einfluss. Dabei konterkarierten seine „nach wie vor zentralistischen Strukturen [...] die programmatische Öffnung und Hinwendung zum Eurokommunismus.“³² Von 2004 bis 2008 tolerierte die IU die sozialistische Minderheitsregierung unter José Zapatero. 2014 scheiterte ein gemeinsamer Wahlantritt mit *Podemos* unter anderem an der ideologisch engen Ausrichtung der IU. Bei der Parlamentswahl 2015 marschierten beide Parteien getrennt.

Syriza, 2004 zunächst als Parteienbündnis gegründet, 2012 dann als Partei registriert, ist – anders als vielfach angenommen – ursprünglich kein Produkt der Schuldenkrise Griechenlands. Um die Erfolgchancen der radikalen Linken zu verbessern, ergriff die ihrerseits 1992 aus der Taufe gehobene Partei *Synaspismos* unter Alexis Tsipras die Initiative zu einem breiteren Bündnis und suchte Anschluss an altermondialistische Bewegungen. *Synaspismos* war zuvor immer weiter nach links gerückt und hatte in alter marxistisch-leninistischer Diktion „die Zuspitzung der bestehenden Widersprüche im kapitalistischen System“³³ prognostiziert. *Syriza* vereinte schließlich zwölf linksradikale Parteien, zwei trotzkistische und eine maoistische inbegriffen. Lediglich die heute noch stalinistische KKE schlug Tsipras' Bündnisangebot aus. Nach dem Schock vom Juli 2015 verließ der äußerst linke *Syriza*-Flügel Partei und Fraktion. Dennoch siegte *Syriza* bei den vorgezogenen Neuwahlen am 20. September desselben Jahres.

Ein ähnliches Panoptikum linksextremistischer Organisationen bilden der portugiesische BE und die dänische *Einheitsliste*. Diese besteht wie die IU seit 1989 als Zusammenschluss „der revolutionären, kommunistischen bzw. neuen Linken in den 70er und 80er Jahren“.³⁴ Reformen der *Dänischen Kommunistischen Partei* (DKP) schufen die Voraussetzungen für das Bündnis. Die „Öffnung“ reichte zumindest so weit, dass die DKP die *Linkssozialisten* und die bislang verfeindete trotzkistische SAP ins Boot holen konnte. Später stießen weitere linksextremistische Organisationen dazu, unter anderen die maoistische KAP. Die *Einheitsliste* verfiicht eine ostentativ revolutionäre Programmatik, wohl die radikalste innerhalb der EL. Das hindert sie nicht daran, „ein sehr aktives Mitglied linker Parteienverbände“³⁵ zu sein. Dass sie die einzige EL-Partei aus den Reihen der scharf antieuropäisch eingestellten, einflussreichen skandinavischen Parteien ist, weist ihr ein gewisses Alleinstellungsmerkmal zu.

Die Linke entstand 2007 aus der Fusion der PDS mit der linken Protestpartei WASG. Der Zusammenschluss beendete die Dominanz der Reformkräfte in der PDS über einen schon zuvor keineswegs völlig machtlosen orthodox-kommunistischen

³¹ Thesen des 36. Parteitags der KPÖ, Manuskript, 18./19. Oktober 2014, S. 10.

³² Heilig (FN 16), S. 19.

³³ Julian Marioulas, Die griechische Linke, in: Daiber/Hildebrandt/Striethorst (FN 9), S. 276.

³⁴ Inger V. Johansen, Die Linke und die radikale Linke in Dänemark, in: Ebd., S. 256.

³⁵ Ebd., S. 260.

Flügel. Radikallinke Kräfte, die zum Teil aus der WASG kamen, rückten nun in die Führungsgremien, bildeten eine starke Bastion im Bundestag und drückten auch der Programmatik ihren Stempel auf.³⁶ Doch selbst die Reformer ließen keinen Zweifel daran, dass die von ihnen propagierte „Transformation“ der Gesellschaft zwar innerhalb des demokratischen Verfassungsstaates ansetzt, aber auch über ihn hinausweist. Sie erachteten lediglich das orthodox-kommunistische Warten auf den revolutionären Umschlag für unrealistisch. Das Vokabular der *Linken* – Transformation statt Revolution, Neoliberalismus statt Kapitalismus – benutzt auch die EL. Vieles spricht allerdings dafür, dass deren programmatischer Grundkonsens eher mit den Vorstellungen der Radikalen als mit denen der Reformer kompatibel ist.

5. Ideologisches Minimum und Radikalisierung

Innen- und Außensicht sind oft zweierlei. Intern wird die – auch strukturell bedingte – Vielstimmigkeit der EL beklagt. Ein distanzierterer Beobachter mag nur Nuancen linksextremistischer Positionen und Strategien erkennen. Die ideologische Vielfalt der EL hat enge Grenzen. Gleichwohl bereitet es der Europapartei offenkundig Schwierigkeiten, einen stringenten programmatischen Konsens herzustellen. Dem zugleich luftigen wie notorisch wiederholten Allgemeinplatz, man wolle „ein solidarisches, feministisches, demokratisches und kooperatives Europa“³⁷ werden auch außerhalb der EL die meisten Menschen zustimmen. In den offiziellen Papieren dominieren durchaus tiefschürfende Analysen und Beschreibungen perzipierter Missstände, prospektive Entwürfe sucht man allerdings vergeblich – ungewöhnlich für die Programmatik einer Partei, die viel Wert auf Weltanschauung zu legen scheint. Das Konsensprinzip und die Scheu vor Widerspruch haben zu dieser Zurückhaltung beigetragen.

Dennoch lässt sich ein ideologisches Minimum der EL herauschälen – der Antikapitalismus. Der Kern linksextremistischen Denkens liegt in dem strikten und allumfassenden Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Während linke Demokraten mit Kapitalismus ein Wirtschaftssystem anprangern, das nach sozialen Maßstäben reformiert werden müsse, sehen linke Extremisten darin ein Herrschaftssystem, das es zu beseitigen gelte. Auch die EL identifiziert Kapitalismus mit einer freiheitlichen Gesellschaft: „Alle Parteien, die der radikalen Linken zuzurechnen sind, kennzeichnet eine ‚antikapitalistische Identität‘. Dadurch wird ihr Ziel enger gefasst, als es durch einen ‚Anti-Neoliberalismus‘ allein zum Ausdruck kommen würde. Die Europäische Linke [...] definiert sich daher selbst als ‚antikapitalistische‘ Partei.“³⁸ Das bis heute gültige EL-Programm von 2004 verlangt die „Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften“,³⁹ die Aktionsplattform von 2010 spricht mit Blick auf den Kapitalismus von einem „Herrschaftsmodell“.⁴⁰ Diese Attitüden decken sich mit der Programmatik praktisch aller Mitgliedsländer – und auch der orthodox-kommunistischen Kräfte außerhalb der EL. Diese setzen zwar auf den revolutionären Bruch und lehnen deshalb den

³⁶ Vgl. Eckhard Jesse/Jürgen P. Lang, *Die Linke – eine gescheiterte Partei?*, München 2012.

³⁷ Politisches Dokument des EL-Kongresses: Europa neu gründen. Neue progressive Bündnisse schaffen, Manuskript o. D. (2015).

³⁸ Philippe Marlière, *Die radikale Linke in Europa: eine Porträtskizze*, Manuskript, 6. Dezember 2013.

³⁹ Programm der Partei der Europäischen Linken (EL), Manuskript, 9. Mai 2004.

⁴⁰ Agenda für ein soziales Europa. Gemeinsame Aktionsplattform für Widerstand und Alternativen in Europa, Manuskript, 5. Dezember 2010.

Transformationsbegriff ab. Das Ergebnis des Umbruchs, die Ablösung der demokratischen Verfassungsstaaten durch sozialistische Gesellschaften ist jedoch identisch. Die Strategie der „Transformation der gesamten Gesellschaft“⁴¹ entwickelten nach 1989 unter anderem die Reformer der PDS weiter. Rosa Luxemburgs Vorstellung „radikaler Realpolitik“ stand unverkennbar Pate – Reformen innerhalb des demokratischen Systems sollten nicht dazu beitragen, dieses zu verbessern, sondern am Ende eine neue, sozialistische Gesellschaft hervorbringen.⁴² Als Mittel zu diesem Zweck fungierte nicht mehr der orthodox-marxistische Kassenkampf, sondern – analog zu Antonio Gramsci – die Erlangung „kultureller Hegemonie“.⁴³

Spannt die linksextremistische Form des Antikapitalismus eine ideologische Matrix, sind die Gegensätze zwischen Pro- und Antieuropäern in der EL kaum überbrückbar: „Die Frage, wie man zur EU steht, ist wohl die kontroverseste bei den europäischen radikalen Linken“.⁴⁴ Nach dem Tsipras-Schick brach der Streit offen aus – vier Positionen ringen miteinander: Die *moderate* Position möchte die EU und ihre vertraglichen Grundlagen beibehalten, aber nach sozialistischen Vorgaben reformieren. Lothar Bisky und Gregor Gysi stehen dafür. Die *skeptische* Position lehnt den Lissabon- und den EU-Verfassungsvertrag pauschal ab und fordert eine Neuverhandlung, ohne aber die EU an sich in Frage zu stellen. Dies war von vornherein das Motiv der EL-Gründung. Die Linken-Politikerin Judith Dellheim hält diese Position heute noch aufrecht, indem sie argumentiert: „Weil mit der Entwicklung der EU Vergesellschaftungsprozesse schon weit fortgeschritten sind und ein Abbrechen oder Zerfallen der EU [...] die Expansion zerstörerischer Gewalt bedeuten würde, müssen die Linken am Erhalt der [...] EU interessiert sein. [...] Eine nachhaltige Stabilisierung der EU muss [jedoch] deren Konstruktion grundlegend verändern.“⁴⁵

Die *radikale* Position plädiert für die Auflösung der EU und ihre Neugründung. Diese Forderung scheint nach dem Tsipras-Schock in der EL mehrheitsfähig zu sein und impliziert die Vorstellung eines sozialistischen Europa-Staates.⁴⁶ Die *souveränistische* Position schließlich fordert die ersatzlose Auflösung der EU in die einzelnen Nationalstaaten und zielt darauf ab, „dass der Bruch mit dem Neoliberalismus bzw. eine sozialistische Transformation auch den Bruch mit der Währungsunion und der EU einschließen muss.“⁴⁷ Dies war stets die Haltung der skandinavischen und niederländischen radikalen Linken, die bis auf die *Einheitsliste* der EL fernblieben. Auch der „Plan B für Europa“, den der frühere Chef der Linken, Oskar Lafontaine, Griechenlands Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis und Jean-Luc Mélenchon, einst Vorsitzender des französischen *Parti de Gauche* vorlegten zielt auf die Zerschlagung der EU: „Wir sind entschlossen, mit diesem Europa zu brechen. Das ist die Grundvoraussetzung dafür, die Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern und Ländern auf neuer Basis wiederaufzurichten.“⁴⁸ Der Begriff

⁴¹ Partei der Europäischen Linken, Alternativen entwickeln, Manuskript, 25. November 2007, S. 4.

⁴² Vgl. Michael Brie (Hrsg.), Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, Berlin 2009.

⁴³ André Brie/Michael Brie, Die Demokratisierung der Demokratie wagen!, in: Crossover (Hrsg.), Zur Politik zurück. Für einen ökologisch-solidarischen New Deal, Münster 1997, S. 123.

⁴⁴ Johansen (FN 33), S. 263.

⁴⁵ Judith Dellheim, Zur Kritik der Demokratie und der Linken in der Europäischen Union, in: Candeias/Demirović (FN 2), S. 46.

⁴⁶ Vgl. Janis Ehling, Die EU als rechte Internationalisierung, in: Die Freiheitsliebe vom 15. April 2017.

⁴⁷ Thomas Sablowski, Die Widersprüche der europäischen Integration und die Linke, in: Ebd., S. 170.

⁴⁸ Lafontaine u. a. (FN 1).

„Zusammenarbeit“ deutet an, dass an Stelle der EU keine neue Union mit festen Strukturen entstehen soll.

Wer die einschlägigen Dokumente der EL Revue passieren lässt, erkennt eine Radikalisierung in der Haltung zur EU bzw. wie Cornelia Hildebrandt „eine stärkere Gewichtung souveränistischer Positionen“⁴⁹. Dieser Prozess setzte allerdings bereits anderthalb Jahre vor dem 13. Juli ein, verstärkte sich danach jedoch. Im EL-Programm von 2004 findet sich der Satz: „Wir wollen den Entwurf für ein anderes Europa vorlegen, der EU einen anderen Inhalt geben“.⁵⁰ Ein gutes Jahr später taucht erstmals der – dann über eine lange Zeit hinweg gebrauchte Forderung auf, Europa müsse „neu begründet werden.“⁵¹ Gemünzt war dies damals noch auf die konstituierenden Verträge der EU. Auch die Beschlüsse von 2007 („Neugründung Europas“⁵²), 2008 („die EU muss neu gegründet werden“⁵³) und 2010 („demokratische Neubegründung Europas“⁵⁴) waren noch vom Gedanken der europäischen Integration beseelt und kamen nicht über die skeptische Position hinaus. Bei dem 2007er Papier fällt allerdings die Formulierung auf, man wolle eine „Debatte über den Inhalt des neuen Vertrages mit Beteiligung der Völker“⁵⁵ führen. Ende 2013 scheint die souveränistische Position bereits deutlich durch: „In diesem Sinne kämpfen wir für eine Neugründung Europas, das heißt eine Neudefinition seiner Ziele, seiner Politik und seiner Strukturen, ein produktives, soziales und ökologisches Wirtschaftsmodell, das [...] auf [...] der Souveränität der Völker basiert.“⁵⁶ Dies implizierte den „Bruch mit den Gründungsverträgen der EU und der EZB“.⁵⁷ Die Bezugnahme auf Lenins strategischen Nationalismus ist offenkundig, schließlich gehe es um die „Zusammenführung verschiedener Volkskämpfe auf europäischer Ebene.“⁵⁸

Nach dem „Brexit“, der zwar kritisiert, aber trotzdem als Ausdruck antikapitalistischen Protests gewürdigt wird, und nach dem 13. Juli 2015 plädierte die EL „für einen Sozialvertrag zwischen den souveränen und solidarischen Völkern Europas. Europa muss zu einer Union der Nationen und Völker werden, deren Souveränität respektiert wird“.⁵⁹ Zwar bleiben diese Aussagen ambivalent und halten denjenigen die Tür einen Spalt offen, die eine ersatzlose Auflösung der EU missbilligen. Der offenkundige Vorrang nationalstaatlicher Souveränität vor transnationalen Strukturen ist jedoch auch mit dieser Einschränkung kompatibel mit extrem rechten Haltungen – wenngleich mit anderen ideologischen Implikationen. Als Mittelweg zwischen der radikalen und der souveränistischen Position kommt neuerdings der Vorschlag ins Spiel, die EU durch ein „Europa der solidarischen Regionen“⁶⁰ zu ersetzen. Der Luxemburgische Minister Etienne Schneider von der *Sozialistischen Arbeiterpartei* setzt sich für „ein Bündnis von Linksregierungen in

⁴⁹ Hildebrandt (FN 2), S. 243.

⁵⁰ Programm (FN 39).

⁵¹ Athener Erklärung, Manuskript, 29./30. Oktober 2005.

⁵² Partei der Europäischen Linken, Alternativen entwickeln, Manuskript, 25. November 2007, S. 6.

⁵³ Plattform (FN 21).

⁵⁴ Agenda (FN 40).

⁵⁵ Alternativen (FN 52).

⁵⁶ Politisches Dokument für den Parteitag: Vereint Euch für eine linke Alternative in Europa, in: Change Europe! Gemeinsam für eine linke Alternative in Europa, demokratisch, sozial, friedlich, ökologisch! 4. Kongress der Partei der Europäischen Linken in Madrid, Manuskript, 15. Dezember 2013, S. 17.

⁵⁷ Ebd., S. 22.

⁵⁸ Ebd., S. 17 f.

⁵⁹ Politisches Dokument (FN 37).

⁶⁰ Thomas Händel/Frank Puskarev, Last exit: EU – Sozial oder Zerfall, in: Candeias/Demirović (FN 2), S. 149.

Südeuropa“ ein, „die mit einzelnen Schritten in Richtung Desintegration die dominante autoritär-neoliberale Integrationsweise in Frage stellen“. ⁶¹ Angesprochen sind ausgerechnet die Linksaußen-Parteien in Portugal, Spanien und Griechenland, die – mit Ausnahme der orthodoxen Nicht-EL-Parteien PCP und KKE – dezidiert pro EU eingestellt waren, nun aber für „Desintegration“ sorgen sollen.

6. Zusammenfassung

Die Partei der Europäischen Linken ist ein gescheitertes Projekt. Sie wurde ihren eigenen Ansprüchen nicht im Ansatz gerecht, die extreme europäische Linke zu einer schlagkräftigen Phalanx zusammenzuführen, die in der Lage ist, die EU nachhaltig gemäß sozialistischer Vorgaben zu reformieren. Das hat unterschiedliche Gründe. Erstens repräsentierte die EL stets nur einen Teil der anvisierten Klientel. Die Parteien Nord- und Osteuropas blieben ihr weitgehend fern, ebenso die ultraorthodoxen kommunistischen Kräfte. Zweitens bekam die EL die ihr von Anbeginn an inhärenten „nationalistischen“ Zentrifugalkräfte nicht in den Griff, was sowohl strukturelle als auch ideologische Ursachen hatte. Drittens eskalierte der Tsipras-Schock diese Tendenzen so weit, dass aus einem ursprünglich auf Veränderungen innerhalb der EU drängenden Unternehmen eine Allianz wurde, die die Union selbst – egal unter welchen Vorzeichen – immer mehr in Frage stellte und das Heil in einem eher losen Verbund von Nationalstaaten mit weitgehend unangetasteter Souveränität suchte. Der 13. Juli 2015 führe der EL vor Augen, dass ein – von einem Land ausgehender – immanenter Umbruch aussichtslos ist. Die EU hatte sich aus dieser Sicht als der stärkere Part erweisen, was den Ruf nach fundamentalen Lösungen, nämlich der ersatzlosen Zerschlagung der Union, lauter werden ließ. Die EL hat, gemessen an ihren ursprünglichen Intentionen, ausgedient. Aus dem Blickwinkel des Extremismustheoretischen Ansatzes ist die EL ohne Abstrich antidemokratisch eingestellt. Das trifft sowohl auf die Mitgliedsparteien zu, deren Reformen nicht auf eine Demokratisierung hinweisen, als auch auf den Kern der Programmatik: Der Antikapitalismus der EL – das einzige allseits anerkannte Ideologiefundament – wendet sich kategorisch gegen die freiheitlichen Verfassungsstaaten Europas. Ein Blick in die Zukunft fällt schwer, zumal die EL stets als Getriebene dastand und zu keinem Zeitpunkt das Ruder in den Griff bekam. Für die Politikwissenschaft sind Vergleiche mit anderen Europaparteien ein Desiderat, vor allem hinsichtlich nationalistischer Tendenzen und Einflussmöglichkeiten im europäischen und einzelstaatlichen Rahmen.

⁶¹ Etienne Schneider, *Der Euro – Kern der Krise oder nachhaltiges Problem?*, in: Candeias/Demirović (FN 2), S. 128.